

## **SPD-Wirtschaftsforum zur heutigen Bilanz-Veranstaltung der Wohnraumoffensive / Kretschmer: "Bauen und Wohnen muss weiterhin politische Priorität genießen."**

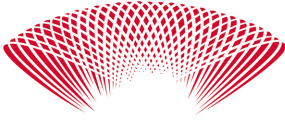
**Berlin, 17. Februar 2021.** Die Bundesregierung zieht heute, knapp zweieinhalb Jahre nach dem Wohngipfel im Bundeskanzleramt, Bilanz über ihre Wohnraumoffensive. Diese hatte es sich zum Ziel gesetzt, in der laufenden Legislaturperiode 1,5 Millionen neue Wohnungen zu bauen und bezahlbares Wohnen insbesondere in den Großstädten zu sichern.

„Die Wohnraumoffensive war ein lange überfälliges politisches Signal – dafür, dass die Themen Bauen und Wohnen endlich ganz oben auf der Agenda angekommen sind. Aber auch dafür, dass es eine gemeinsame Kraftanstrengung aller föderalen Ebenen, unterschiedlicher Ressorts sowie von Wirtschaft und Politik geben muss, um die drängenden Fragen rund um bezahlbares Wohnen zu lösen“, so **Heiko Kretschmer**, Schatzmeister des SPD-nahen Wirtschaftsverbands. "Das damals beschlossene Maßnahmenpaket enthält viele wichtige Punkte, die zum Teil umgesetzt werden konnten. Diese bleiben jedoch nach wie vor aktuell und müssen auch zukünftig politische Priorität genießen“, so Kretschmer weiter. "Die heutige Bilanz kann daher nur eine Zwischenbilanz sein."

Das gesteckte Ziel von 1,5 Millionen neuer Wohnungen bis September schein nicht mehr erreichbar und auch dem nach wie vor sinkenden Bestand an Sozialwohnungen sei durch die Maßnahmen bisher nicht beigegeben worden. "Zentrale politische Handlungsfelder bleiben die Senkung der Baukosten, die Fachkräftesicherung im Bauhandwerk sowie die Digitalisierung und Modernisierung der baugenehmigenden Ämter und Behörden", so **Andreas Breitner**, Leiter des Fachforums Stadtentwicklung, Bau und Immobilien im Wirtschaftsforum der SPD. "Ein weiterer wichtiger Aspekt: Bezahlbares Wohnen kann es nicht ohne bezahlbares Bauland geben. Das Baulandmobilisierungsgesetz ist ein erster Schritt zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit gegen explodierende Bodenpreise und muss jetzt schnell kommen", ergänzt Breitner.

Mehr Wohneigentum für breite Bevölkerungsschichten könne einen Beitrag dazu leisten, die Lage auf den angespannten Immobilienmärkten zu verbessern. "Die Zahl der Wohneigentümer ist im internationalen Vergleich in Deutschland zu gering. Der Eigenheimbau ist aber nicht nur eine wichtige Säule des Wohnungsbaus, sondern beteiligt Menschen auch am gesellschaftlichen Wohlstand und ist attraktiver Teil der privaten Altersvorsorge", betont Kretschmer. "Das Baukindergeld reicht als Maßnahme für mehr Eigentumbildung bei weitem nicht aus. Stattdessen könnte man etwa die einmalige Abschaffung der Grunderwerbssteuer für selbstgenutztes Wohneigentum diskutieren."

Das Wirtschaftsforum der SPD e.V. ist ein unabhängiger unternehmerischer Berufsverband. Die Mitglieder des Wirtschaftsforums sind Privatpersonen, Unternehmen und Verbände aus allen Branchen. Sie spiegeln den vielfältigen, einzigartigen und erfolgreichen Wirtschaftsstandort Deutschland wider. Das Wirtschaftsforum hat sich die Förderung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert zur Aufgabe gemacht. Der Verband organisiert den Dialog der Mitglieder mit Politik, Verwaltungen und Institutionen sowie insbesondere sozialdemokratischen VerantwortungsträgerInnen.



Weitere Informationen unter: [www.spd-wirtschaftsforum.de](http://www.spd-wirtschaftsforum.de)

Sie haben noch Fragen oder benötigen weitere Informationen? Wenden Sie sich gerne an:

**Stephanie Preuß**

**Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Wirtschaftsforum der SPD e. V.

Dorotheenstraße 35 | 10117 Berlin

sp@spd-wirtschaftsforum.de

Telefon: +49 30 400 40 664

Mobil: +49 151 11 320 600